

Nutzung von UAVs (Unmanned Aerial Vehicles) soll die Erstversorgung von Unfallopfern, die Zusammenarbeit unterschiedlicher Rettungskräfte sowie die Lagefassung verbessern.

In dem Buch wird zuerst der technische Hintergrund von UAVs sowie die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung im zivilen – sowohl privaten als auch staatlichen – Bereich beschrieben. Weiter wird untersucht, ob das Luftverkehrsrecht für Drohnen anwendbar ist. Änderungsbedarf besteht vor allem bei der die genauen Spezifikation von Drohnen, für die das LuftVG gilt, sowie Lufttüchtigkeitsanforderungen und Verkehrsvorschriften. Das Gefährdungspotenzial von Drohnen kann aber im LuftVG nicht widergespiegelt werden. Anschließend wird geklärt, dass Bildaufnahmen durch Drohnen eine Ermächtigungsgrundlage benötigen, da ein intensiveres Eingreifen in die Grundrechte als bei herkömmlichen Videoüberwachungen stattfindet. Das individuelle Recht auf informelle Selbstbestimmung und die Versammlungsfreiheit können hierbei nicht auf Belange des Allgemeinwohls ausgeweitet werden, sodass die Interessen des Allgemeinwohls im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung zu berücksichtigen sind.

Einer gesonderten Betrachtung bedarf der Einsatz von Drohnen im Unglücksfall, da Betroffene und Nutznießer der Bildaufnahmen dieselben Personen sind und

hier eine mutmaßliche Einwilligung der Betroffenen vorliegt. Nach §21 Abs. 1 bis 3 PolG ist somit der Einsatz von Drohnen zur Bildaufnahme zum Schutz vor erheblichen Gefahren für Leib und Leben verhältnismäßig. Allerdings gibt es für den Einsatz von Drohnen keine Rechtsgrundlage, die auf eine Generalklausel gestützt werden kann und somit muss eine neue Ermächtigungsgrundlage geschaffen werden.

Die Autorin nutzt hierbei einen Vergleich mit der Schweiz und empfiehlt die Ermächtigung zum Einsatz von Drohnen auf ein formelles Gesetz und eine Verordnung aufzuteilen, damit zukünftig auch für andere neue Technologien schneller eine Rechtsgrundlage nach einem einheitlichen Muster geschaffen werden kann.

Nicholas Kralev, America's Other Army. The U.S. Foreign Service and 21st Century Diplomacy, s.l. (Kralev) 2012.

"Now What?" asks the title of this book's postscript, and indeed this is a question that might pose itself to an unprepared reader. Although Kralev sets out to answer questions like "How does the work of American diplomats fit into the big picture of U.S. foreign policy?" or even "On a human level, how does the Foreign Service lifestyle affect its members and their families?", it would be wrong to expect

a scientifically sound, theory-based analysis of any of these and other questions which the book proposes to answer. This is not to say that the information has no basis, quite the contrary: Nicholas Kralev, who has worked as correspondent for the Financial Times and Washington Times, has traveled with four Secretaries of State, among them the current presidential candidate Hillary Clinton, and claims to have interviewed some 600 diplomats in the period between 2003 and 2012.

In "America's Other Army", he shares his experiences and delivers multifaceted insights into the various activities of diplomats and U.S. Foreign Service employees all over the world. His goal is to explain "what Americans do and why, in plain English, humanizing their work, and making it interesting and even entertaining" (p. 231). In combining anecdotes and personal insights from his interviews with diplomats with general information on the U.S. diplomacy policies, budgeting and general issues of the Foreign Service, he presents an easy to read introduction to anyone interested in this potentially underrated field of U.S. foreign policy. At some points though, he seems a little too eager in "making it entertaining", since the lack of critical assessment of the interviewees' statements contributes more to a quite positive view of the Service than to the "objective picture" that he claims to provide.

BESPRECHUNGEN

Elias Bierdel/Maximilian Lakitsch (Hrsg.), Flucht und Migration. Von Grenzen, Ängsten und Zukunftschancen, Wien/Berlin (Lit Verlag), 2014.

Internationale Migration ist ein globales Phänomen und eine Folge von politischen Prozessen. Aktuellen Schätzungen des UNHCR zufolge sind zurzeit über 51,2 Millionen Menschen aus ihrer Heimat verdrängt (UNHCR, 2015). Gründe dafür sind unter anderem die politische Instabilität in der nordafrikanischen Region und dem Nahen Osten, insbesondere in Syrien

und im Irak. Dies hat zur weltweit höchsten Zahl an Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Der vorliegende Sammelband liefert mittels Hintergrundinformationen, Analysen, praktischen Beispielen und Verbesserungsvorschlägen einen Beitrag zur Beantwortung der Frage, wie die Flüchtlingsproblematik stärker im Einklang mit Menschenrechten und im Geiste europäischer Werte behandelt werden kann. Die 17 Beiträge des Bandes sind in drei Kapitel aufgeteilt: „Flucht und Migration“, „Einsperrung“ und „Was tun“. Die Themen Flucht und Migration

werden darin von einem breiten Kreis von Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.

Im ersten Teil geht es vor allem um die rechtliche Lage von Flüchtlingen in Europa und die Einhaltung der Menschenrechte. Die Europäische Union wird in diesem Kapitel scharf kritisiert: Die Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskräften, die Kooperation mit autokratischen Regimen und Diktaturen sowie die fehlende Bereitschaft zur humanen und fairen Zusammenarbeit mit Herkunftsändern stehen dabei im Fokus. Auch die von der EU eingerichtete

Grenzschutzagentur Frontex wird angegriffen: Sie sei nicht transparent und es fehle an Kontrollmöglichkeiten. Die Beteiligung von Drittstaaten an der Arbeit von Frontex sowie deren Einsätze auf hoher See fänden in rechtlichen Grauzonen statt (vgl. S. 37).

Das Buch legt einen Schwerpunkt auf die Menschenrechtsproblematik. Es wird argumentiert, dass es von großem Zynismus gezeichnet sei, tausende Todesfälle sowie Missachtungen der Menschenrechte auf hoher See mit dem Begriff der Menschenrechte überhaupt in Verbindung zu bringen (vgl. S. 43). Die Einführung des Begriffs der Menschenrechte in den politischen Diskurs führe lediglich dazu, dass die Öffentlichkeit irreguläre Migranten und Migrantinnen als passive Opfer betrachte und so ihre Gründe für die Überquerung des Mittelmeeres marginalisiert werden (vgl. S. 48). Ihr Leben werde somit auf das Überleben reduziert. Der Diskurs über das Retten von Menschenleben entpolitisere die grundlegenden Migrationsgründe. Anstatt sich auf die Not von Bootsflüchtlingen zu konzentrieren, plädiert Leonard Call stattdessen dafür, stärker auf die grundlegenden politischen und sozialen Bedingungen von Flucht und Migration einzugehen.

Selbstverständlich müssten Migranten und Migrantinnen aus Seenot gerettet werden, jedoch dürfe man sich nicht vom eigentlichen Diskurs ablenken lassen, sondern müsse die politischen Rahmenbedingungen, die zu den gefährlichen Überquerungsversuchen führen, kritisch hinterfragen. Der zentrale Grund für verstärkte Grenzschutzmaßnahmen sei die Angst vor unkontrollierter Migration, die angeblich die Sicherheit Europas und die öffentliche Ordnung gefährde. Dieses Denken steht jedoch im Widerspruch zum Flüchtlingschutz (vgl. S. 52).

Andreas Zumach thematisiert im fünften Kapitel die mangelnde Empathie mit Flüchtlingen und fehlendes Wissen über deren Situation und Beweggründe als zentrales Problem. Vielen Europäern sei nicht bewusst, dass über 90 Prozent (vgl. S. 57) von Flüchtlingen in Anrainerstaaten von Konfliktländern Zuflucht finden. An dieser Stelle wird auch die deutsche Regierung kritisiert, da sie durch Unterzeichnung des Dubliner Abkommens die legale Einreise nach Deutschland nahezu unmöglich gemacht habe (vgl. S. 59).

Im sechsten Kapitel beschreibt ein Schiffskapitän seine Perspektive auf Migration über

den Weg des Mittelmeers. Hier kommt ein Widerspruch zum Vorschein: Zwar gilt weltweit die Norm, dass jeder, der in Seenot Geratene sieht, der Verpflichtung nachkommen muss, sie zu retten. Jedoch kommt es trotz hohem Verkehrsaufkommen „fast nie“ (vgl. S. 63) vor, dass in Seenot geratene Flüchtlinge im Mittelmeer tatsächlich gerettet werden. Es werden Beispiele aufgezählt, in denen Schiffskapitäne von Reedereien entmutigt wurden, Flüchtlingsboote zur Kenntnis zu nehmen oder gar davor gewarnt wurden, hinzufahren.

In Kapitel 7 und 8 wird in zwei Berichten aus Italien geschildert, wie das Land unter den Dublin-II-Verordnungen leidet. Italiens Aufnahmesystem ist im Begriff zu kollabieren, seine geografische Lage wird Italien vor dem Hintergrund aktueller Konfliktlagen zum Verhängnis (vgl. S. 75). Während der Bearbeitungszeit von Asylanträgen werden Flüchtlinge in Inhaftierungslagern untergebracht, in denen Recht und Gesetz nichts gelten. Italiens repressive Richtlinien haben Inhaftierung und Abschiebung zum Ziel. Obwohl diese Vorgehensweise kostenintensiv ist, herrschen schlechte Lebens- und Sicherheitsbedingungen in den Lagern (vgl. S. 88). Regelmäßige Vorwürfe bezüglich der mangelnden Transparenz, fehlenden Entfaltungsmöglichkeiten, willkürlicher (Nicht-)Anwendung von Gesetzen, nicht existierender Privatsphäre und Identitätsverlust bleiben bisher von den italienischen Behörden unkommmentiert (vgl. S. 91).

In Spanien zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Hier ist die Inhaftierung von Ausländern aus Drittstaaten als Vorsichtsmaßnahme im spanischen Recht verankert. Das Gesetz besagt allerdings auch, dass die Haftbedingungen besser sein müssen als in herkömmlichen Gefängnissen (vgl. S. 98). Es liegen jedoch zahlreiche Berichte von Diskriminierung, Gewalttaten und sexuellen Übergriffen vor, aus denen eindeutig hervorgeht, dass die Haftbedingungen sogar schlimmer sind als in herkömmlichen Gefängnissen.

Verbesserungsvorschläge werden im letzten Teil angeregt, um den Leserinnen und Lesern Mut zu machen, sich für ein offenes und Neuankommen gegenüber empathisches Europa einzusetzen und der verbreiteten Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Das Argument, dass eine unzumutbare Anzahl von Asyl suchenden Flüchtlingen nach Europa käme, wird mit

folgendem Vergleich relativiert: Die Bevölkerung vom Libanon, dem Irak, Jordanien und der Türkei beträgt insgesamt 117 Millionen, während die Zahl der von diesen Ländern aufgenommenen Flüchtlinge sich auf zwei Millionen beläuft (vgl. S. 152). Dabei umfasst die Bevölkerung der EU über 500 Millionen Bürger, während im Jahr 2013 die EU mit 332.000 vergleichsweise wenige Asylanträge erhielt (vgl. S. 152). Insgesamt kommen weniger als 1 Prozent der weltweiten Flüchtlinge in der EU an. 240 Millionen Euro werden in das Grenzschutzüberwachungssystem „Eurosur“ investiert sowie die Zusammenarbeit mit Frontex gefördert, um die EU-Außengrenzen noch strenger zu überwachen und die Einreise zu erschweren (vgl. S. 155).

Alex Korun verlangt in diesem Zusammenhang abschließend nach einem solidarischen Asylsystem, welches die Versorgung und Verantwortung für Schutzsuchende gerecht auf alle EU-Länder verteilt. Des Weiteren fordert er eine europäische Politik, die nicht auf Abwehr von Menschen, die vor Krieg, Folter und Mord fliehen, ausgerichtet ist, sondern sich intensiver um die würdige Aufnahme und Versorgung von in Not geratenen Menschen kümmert. Dazu müsse das Dublin-System geändert werden, sodass eine Aufteilung aller Flüchtlinge auf EU-Länder nach einem entsprechendem Verteilungsschlüssel nach Einwohnerzahl und Bruttoinlandsprodukt vollzogen werden kann. Als letzter Punkt müssten legale Wege geschaffen werden, um in die EU einzureisen. Dazu müsse es die Möglichkeit geben, Asylanträge an ausländischen Botschaften zu stellen (vgl. S. 157).

Dem Leser wird die Komplexität der Thematik und eine multidimensionale Sichtweise durch verschiedenste Autoren im Sammelband nähergebracht. Die Relevanz dieser Fragen liegt auf der Hand. Das Buch empfiehlt sich dank seines einfachen Schreibstils nicht nur Politikwissenschaftlern, sondern auch Studierenden, Journalisten oder anderen interessierten Lesern.

David Williams

Moritz Brake (Hrsg.): Maritime Sicherheit – Moderne Piraterie. Hintergründe, Gefahren und mögliche Gegenmaßnahmen. Frankfurt am Main (u.a.) (Peter Lang), 2015.

Der G7-Gipfel der Außenminister im April dieses Jahres in Lübeck zeigt, welche Rele-

vanz die Weltmeere und Seewege für den internationalen politischen Dialog haben. Zum ersten Mal überhaupt tagten die G7-Außenminister auch über maritime Sicherheit. Schwerpunkte waren unter anderem Strategien für die Bekämpfung von Piraterie und maritimem Terrorismus sowie maritimer Umweltschutz.

Gleichzeitig illustriert der Bericht des Internationalen Schifffahrtsbüros für das erste Quartal von 2015, dass die Angriffe durch Piraterie im Vergleich zum Vorjahr weltweit gestiegen sind, auch wenn sich die Anzahl der Angriffe durch Piraten am Horn von Afrika signifikant verringert hat und die EU-geführte Operation Atalanta erfolgreich operieren konnte. Der Brennpunkt der Angriffe ist dieses Jahr in Südostasien zu verorten, wo vermehrt Öltanker Ziel von Überfällen werden. Die hohe Anzahl von Entführungen und ein steigender Einsatz von Gewalt geben Anlass zur Sorge. Daher kommt Moritz Brakes Sammelband zur modernen Piraterie zur rechten Zeit. Er hat zum Ziel, Vorgehensweisen von Politikern und Stakeholdern zu untersuchen, um in der politischen und praktischen Debatte konstruktive Beiträge zu liefern.

Der Band ist in neun Kapitel gegliedert. Nach dem Vorwort des Herausgebers erläutern Moritz Brake, Philipp Tüngler, Robert Frau und Tassilo Tüngler im ersten Kapitel grundlegende Informationen über Gefahren durch Piraterie, maritimen Terrorismus und Seeblockaden für die Schifffahrt und Nutzung der Ozeane (S. 31-98). Im zweiten Kapitel erläutert Hans-Jörg Nafzger die Gefahrenabwehr in ihrer Bedeutung für die Ausbildung in der Nautik (S. 101-106). Der Beitrag von Dirk Max Johns im dritten Kapitel behandelt Abwehrmaßnahmen und Schäden durch Piraterie aus der Kostenperspektive der Akteure im maritimen Gewerbe. Im vierten Kapitel wenden sich Nils Retkowski und Friedrich Fuchs in ihren Beiträgen der Frage zu, welche Instrumente effizient als Schutzmaßnahmen gegen Angriffe durch Piraterie verwendet werden können (S. 132-143). Die Autoren des fünften, sechsten und siebten Kapitels (Patricia Schneider, Uwe Jenisch, Werner von Unruh, Claudia Topp, Dirk Siebels) diskutieren Maßnahmen gegen Piraterie im Hinblick auf die aktuellen nationalen und internationalen Entwicklungen, sowohl im rechtlichen als auch im institutionellen Rahmen (S. 147-238). Schneiders Beitrag

widmet sich dem strafrechtlichen Hintergrund moderner Piraterie und analysiert den Fall TAIPAN, dem ersten deutschen Piraterieprozess seit 400 Jahren, der von 2010 bis 2012 in Hamburg geführt wurde. Der zwei Jahre dauernde Mammutprozess stand im Fokus öffentlichen Interesses: Kritiker bemängelten neben zahlreicher formaler Problemstellungen, dass ein deutscher Strafprozess die Problematik somalischer Piraterie nicht ansatzweise lösen könne. Schneider jedoch sieht eine konsequenteren Strafverfolgung als einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen maritime Gewalt an und betont, dass diese nur im Zusammenspiel mit weiteren, umfassenden Maßnahmen funktionieren könne.

Im achten Kapitel analysiert Dirk Steffen die aktuellen Entwicklungen der Piraterie im Golf von Guinea (S. 241-275). Kapitel neun beginnt mit einem Beitrag von Stefan Hansen und Tore Wethling, die analysieren, aus welchen Motiven externe Akteure in den Ballungszentren der Piraterie intervenieren. Im letzten Beitrag des neunten Kapitels befasst sich Lutz Feldt, ehemaliger Inspekteur der Marine, mit Meeresüberwachung als Voraussetzung für maritime Sicherheit (S. 279-315). Er fragt u.a. inwieweit diese europäische Initiative auch in anderen Regionen anwendbar ist.

Der Beitrag von Dirk Siebels (S.211-238) in Kapitel 7 *Praxis und Regulierung von maritimen Sicherheitsdienstleistungen in internationaler Perspektive* diskutiert die Bedeutung privater maritimer Sicherheitsfirmen (Private Maritime Security Companies: PMSCs) und geht dabei besonders auf aktuelle Entwicklungen der Regulierungsmaßnahmen von PMSCs ein.

Siebels stellt in dem Beitrag die These auf, dass die Aufgabe der privaten Sicherheitsfirmen mit Blick auf den afrikanischen Kontinent auch bei anderen maritimen Problemen als der Piraterie sinnvoll eingesetzt werden sollten, um eine afrikanische „Blue Economy“ zu fördern. Außerdem identifiziert er illegale Fischerei durch europäische und asiatische Hochseeflotte und bemängelt die fehlende Sicherheit in den Gebieten der afrikanischen maritimen Gas- und Öl vorkommen (S. 224f.).

In seiner Analyse zur Entwicklung der Regulierungsstandards stellt er fest, dass erstens die unterschiedlichen Regulierungen und Rechtsordnungen der Flaggenstaaten das Handeln der Akteure in der Schiff-

fahrtsbranche verkomplizieren (S. 217). Er vergleicht kurz die Regulierungen Panamas, der Marshall-Inseln, Zyperns und Deutschlands (S. 221). Interessant wäre hier eine Vertiefung des Vergleichs gewesen. Auch auf der europäischen Ebene sieht er noch keine Koordination der Standards für PMSCs (S. 231). Zweitens gibt es seit 2011 auch in den von der maritimen Industrie und den Streitkräften empfohlenen *Best Management Practices to Deter Piracy in the Gulf of Aden and off the Coast of Somalia (BMP)* einen Absatz zu privaten Wachleuten, der allerdings nach Siebels die Verantwortung für PMSCs den Reedereien überlässt (S. 219). Drittens habe es 2012 einen ersten wichtigen Schritt hin zu einer einheitlichen Regulierung gegeben, da der Baltic and International Marine Council im März 2012 einen standardisierten Vertrag (Guardcon) publizierte (S.220). Als weiteren wichtigen Schritt zu Transparenz und Validität von standardisierten Zertifizierungen nennt Siebels die ISO/PAS 28007, die durch Vertreter der Schifffahrtswirtschaft seit 2014 als internationaler Standard für die Zertifizierung von PMSCs entwickelt wurde.

Den Einsatz von PMSCs in Afrika (Siebels betrachtet dazu Senegal und Madagaskar) zur Verhinderung von illegaler Fischerei und um die Wirtschaft mit Öl- und Gasvorkommen zu stärken (Blue Economy) sieht er mit folgenden Problemen und Chancen verbunden (S. 225): Der Einsatz von zivilen Sicherheitsdiensten stelle aufgrund der staatlichen Souveränitätsansprüche von afrikanischen Staaten keine direkte Möglichkeit für mehr maritime Sicherheit dar. Eine Chance dagegen sieht er in Projekten wie in Tansania und Kenia, in denen die Ausbildung des Militärs durch britische Sicherheitsdienste begleitet wird oder in der kooperativen Arbeitsteilung von öffentlichen und privaten Sicherheitsdiensten wie im Fall Nigerias (S. 228). Als Ausblick stellt Siebels fest, dass Kooperationen und Lernmodelle zwischen privaten und staatlichen Akteuren für die Blue Economy in Afrika einen wichtigen sicherheitspolitischen Ansatz darstellen. Außerdem müsse weiterhin mehr Transparenz in der Regulierung gefördert werden. ISO-Standards seien ein Weg für die Verankerung international verwendeter Standards und hätten folglich das Potenzial, nationale Alleingänge zu verhindern (S. 230).

Die These von Lutz Feldt in Kapitel 9: *Meeresüberwachung als Voraussetzung für die maritime Sicherheit – ein europäischer Ansatz* (S. 297–315) ist, dass die Maritime Domain Awareness/MDA zu häufig bei den betroffenen Staaten und Akteuren fehle und zu wenige Seeverkehrsdienste tätig seien. Er verdeutlicht, dass das Prinzip „Global denken, aber regional und lokal handeln“ (S. 305) für die relevanten Akteure der Problemlösung gelten müsse. Als Bereiche kategorisiert er: „a. Grenzkontrolle auf See, b. Fischereiaufsicht, c. Verteidigung, d. maritime Betriebssicherheit und Gefahrenabwehr, e. maritime Umwelt, f. Zoll und g. allgemeine Rechtsdurchsetzung“. Zwei weitere Prinzipien, die zur Optimierung der Meeresüberwachung notwendig sind, sieht er in dem sogenannten „„Need-to-Share“-Prinzip (Erfordernis der Wissensweitergabe)“ und in der „Verantwortung für die Wissensweitergabe („Responsibility to share“)“. Er nennt zum einen die bestehenden globalen und nationalen Ansätze für die Meeresüberwachung, führt diese allerdings nicht detailliert aus. Zu den bestehenden regionalen Ansätzen zur Meeresüberwachung erläutert er, dass diese für eine bessere Aufgabenerfüllung Koordination, „Kohärenz“ und „Abstimmung“ benötigen (S. 307). Das Projekt der EU „Common Information Security Environment“ (S. 311) veranschaulicht er grafisch und erörtert kurz das Programm. Siebels führt zudem an, dass der Informationsaustausch, der durch diese europäische Maßnahme geschaffen werden soll, von zwei „Pilotprojekten – MARSUNO in Nordeuropa und BluemassMed in Südeuropa (...)“ (S. 313) begleitet wird und somit ein Vorbild für den Aufbau von anderen Projekten sein könnte.

Es ist positiv hervorzuheben, dass die Reihenfolge der Beiträge vom Allgemeinen zu Beginn und der Fallanalyse zum Ende hin ein flüssiges Lesen und Verstehen ermöglicht und dass keine auffallenden inhaltlichen Brüche zwischen den Beiträgen vorliegen. Einige Kapitel sind mit hilfreichen Grafiken für ein besseres Verständnis der erläuterten Vorgehen oder Themen ausgestattet. Sinnvoll wäre eventuell noch ein beigefügtes Register für Fachtermini gewesen, da die Fachsprache und die vielen Abkürzungen das Lesen für den weniger versierten Leser etwas erschweren. Insgesamt bietet der Sammelband sowohl für Leser mit be-

reits bestehender Expertise interessante Analysen der maritimen Sicherheit zu aktuellen Entwicklungen als auch für Leser, die zum einen den Einstieg in diese Thematik finden wollen, komprimierte, interdisziplinäre und strukturierte Beiträge. Da ein Schwerpunkt des Bandes in den rechtlichen Rahmenbedingungen der maritimen Sicherheit liegt, diese allerdings auch für nicht juristisch versierte Leser erläutert werden, kann der Band auch ein breiteres Publikum ansprechen, das einen Überblick über die aktuelleren Entwicklungen der Regulierung von PMSCs, Schutzmaßnahmen und Sanktionsmöglichkeiten sucht.

Lisa Wiese

Gabriele Krone-Schmalz, Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens. München: Verlag C. H. Beck, 2015.

Wie ist es mit der Medienlandschaft eines Landes bestellt, in dem der Ausdruck „Russlandversteher“ überwiegend negative Assoziationen evoziert? Diese Frage stellt die langjährige Moskau-Korrespondentin der ARD, Gabriele Krone-Schmalz, in ihrem Sachbuch „Russland verstehen“. Vor dem Hintergrund des aktuellen Kriegs in der Ukraine und der erneuten geopolitischen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen geht es Krone-Schmalz – wie der Titel nahelegt – um ein besseres Verständnis der Ursachen der Krise und der Motivationen der handelnden Akteure. Der Tradition eines aufklärerisch-kritischen Journalismus verpflichtet ist Krone-Schmalz' Buch ein Versuch, sich fern der täglichen Berichterstattung diesem schwierigen Thema zu nähern. Ihrem Anspruch, Russland und die Krise zu „verstehen“ wird sie dabei durchaus gerecht. Fragwürdig erscheint ihr Werk jedoch, wenn die Autorin zu großes Verständnis für die aktuelle Politik des Kremls einfordert.

Der seit über einem Jahr in der Ukraine tobende Krieg zwischen regulären Truppen der ukrainischen Armee, Freischärlerverbänden, Privatarmeen, verdeckt operierenden russischen Soldaten und den Einheiten der selbsternannten „Volksrepubliken Donezk“ und „Luhansk“ ist ohne Zweifel „das“ vorherrschende politische Thema in der deutschen Medienlandschaft. Der zunehmend unübersichtlicher werdende Krieg und die tägliche Propa-

ganda auf ukrainischer und russischer Seite erschweren eine differenzierte und verifizierbare Berichterstattung. Hinzu kommen historisch gewachsene Konfliktlinien, die weit über die Ostukraine hinausreichen. Zu nennen wären hier der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Erweiterungspolitiken von EU und NATO, das westlich-russische Ringen um regionalen Einfluss in Eurasien und das im kollektiven deutschen Gedächtnis verhaftete stereotype Bild „des Russen“.

An dieser schwierig zu differenzierenden Schnittmenge setzt Krone-Schmalz an. Ihr Ausgangspunkt ist die, ihrer Meinung nach, überwiegend mit zweierlei Maß messende Berichterstattung sowie die teils fragwürdige Semantik in vielen deutschen Medien. Dafür bringt sie durchaus überzeugende Beispiele. So verweist die Autorin auf den Fall des ersten von Russland in die Ostukraine gesendeten Konvois mit Hilfsgütern (August 2014). Das ARD-Morgenmagazin vom 14.08.2014 spricht von „hastig weiß angemalten“ Militärtransportern (S. 143 ff.). Zu Recht fragt Krone-Schmalz, ob man die Militärtransporter – und nur das Militär könne in Russland überhaupt binnen kürzester Zeit 270 LKWs bereitstellen, so die Autorin – besser „unangemalt“ hätte losschicken sollen. Das Ziel einer solchen Berichterstattung sei, so Krone-Schmalz, eindeutig: Den russischen Intentionen müsse von vornherein mit Misstrauen begegnet werden.

Geschickt verknüpft die langjährige ARD-Auslandskorrespondentin zahllose Beispiele undifferenzierter und wertender Berichterstattung mit ihrem persönlichen übergeordneten Narrativ. Dieses lautet: Im Umgang mit Russland handle „der Westen“ häufig arrogant, ohne ausreichende Kenntnis des komplizierten Landes und unter Verwendung „doppelter Standards“. Im Endeffekt entsteht bei Krone-Schmalz das Bild eines Russlands, das scheinbar gar nicht anders könne, als missverstanden zu werden. In ihrer teils minutiösen Darstellung erscheint dem Leser die vielfach verfälschende Berichterstattung urplötzlich als ein (gewolltes?) Segment einer *grand strategy* „des Westens“ gegenüber Russland. Ein Schelm, der hier strategisches Kalkül – gesteuert von den USA – vermutet (siehe S. 156).

Das eigentliche Dilemma dieses informativen und spannend geschriebenen Sachbuchs ist Krone-Schmalz' bewusste

oder unbewusste Vermengung von „Verstehen“ und „Verständnis“. Die offensichtlich emotional-gewachsene Nähe der Autorin zum Sujet „Russland“ erschwert es dem nicht mit ausreichender Sachkenntnis ausgestatteten Leser, sich ein differenziertes Bild zu machen. Krone-Schmalz trägt somit genau zu der von ihr so vehement kritisierten voreingenommenen Beschreibung des Konflikts bei.

So stellt sie bereits zu Anfang infrage, dass es sich beim russischen Vorgehen auf der Krim um eine „maskierte Annexion“ handele. Krone-Schmalz zitiert den Rechtsphilosophen Reinhard Merkel und attestiert zu Recht, dass die Gemengelage deutlich komplizierter sei als oftmals angenommen (S. 29 ff.). Sie lässt dabei aber außer Acht, dass im Unterschied zum Kosovo, der Bevölkerung der Krim nicht genug Zeit gelassen wurde, sich über die wichtige Frage der weiteren territorialen Zugehörigkeit ausreichend ins Bild zu setzen. William Burke-White hat diesen signifikanten Fakt in einem deutlich ausdifferenzierten Artikel eingehend beleuchtet (siehe „Crimea and the International Legal Order“, in: Survival, Bd. 56, Nr. 4, August-September 2014, S. 65-80).

Und es geht weiter. Dem Bruch des „Budapester Memorandums“ setzt sie, unkommentiert, die russische Sicht entgegen, die EU und die USA hätten den Maidan-Umsturz akzeptiert und „damit ihre Garantiepflichten verletzt“ (S. 33). Den Fall der entführten Militärinspektoren unter dem „Wiener Dokument“ kommentiert sie mit der spitzen Frage: „Was soll man davon halten, wenn, bis auf eine Ausnahme, NATO-Offiziere unter der Führung eines deutschen Obersten, allesamt in Zivil unterwegs, an den Brennpunkten in der Ukraine herumfahren?“ (S. 39). Hier und an anderen Stellen hätte man sich mehr journalistische Sorgfalt und weniger Polemik gewünscht.

Dabei bietet „Russland verstehen“ durchaus viel Informatives. Akribisch arbeitet Krone-Schmalz die langjährige Evolution des Konflikts in drei Kapiteln auf. Von Gorbatschows Vision eines „gemeinsamen Haus Europas“ über den Zusammenbruch der Sowjetunion, die Wirren der Jelzin-Jahre und das nationale Wiedererstarken unter Wladimir Putin – Krone-Schmalz’ Kenntnisreichtum der jüngeren russischen Geschichte liest sich kurzweilig und verdeutlicht in ihrer kon-

zisen Darstellung, welch fundamentalen Brüchen und Herausforderungen die russische Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren begegnet ist. Nicht nur an diesen Stellen hätten jedoch Endnoten, zur Unterstützung der zahllosen nicht zugeordneten Zitate, den Informationsgehalt des Buches noch verstärkt.

„Russland verstehen“ hinterlässt beim kritischen Leser ein zwiespältiges Gefühl. Einerseits kann man sich in seinem Eindruck bestätigt fühlen, dass die deutschen Medien nicht umfassend, neutral und differenziert genug über den Krieg in der Ukraine berichten (aber bei welchem Krieg wäre dies jemals so gewesen?). Andererseits scheint es dieser Tage für die meisten Journalisten fast schon unmöglich, sich der gefühlten Parteinahme zu entziehen; und Krone-Schmalz’ Herangehensweise wirkt hierbei beispielhaft. Der Malus ihres Buches ist nicht im Versuch, Russland „zu verstehen“ zu suchen. Er liegt vielmehr im fragwürdigen Ansatz, unterschwellig Verständnis für die aktuelle Politik des Kremls einzufordern.

Ulrich Kühn

„Cyberwar: die digitale Front – ein Angriff auf Freiheit und Demokratie?“, Ethik und Militär, Ausgabe 2014/2 (Zentrum für Ethische Bildung in den Streitkräften, Hamburg).

Noch ist wenig bekannt über den Cyber-„Angriff“ auf den Deutschen Bundestag, der Mitte Mai dieses Jahres publik wurde. Weder die Anzahl der betroffenen Computer noch die abgegriffenen Daten oder gar die Urheber sind bekannt. Der Vorfall macht deutlich, dass dem Thema „Cybersicherheit“ über Jahre nicht die Bedeutung beigemessen wurde, die es verdient. Umso erfreulicher ist es, dass die Zeitschrift „Ethik und Militär“ dem Thema ein ganzes Heft gewidmet hat. Unter der Leitfrage „Cyberwar: die digitale Front – ein Angriff auf Freiheit und Demokratie?“ bringen acht Beiträge und zwei lesenswerte Interviews, den Leserinnen und Lesern die wichtigsten Probleme nahe, die kritische Aktivitäten in der Cybersphäre aufwerfen.

Drei zentrale Themen lassen sich nach der Lektüre identifizieren: Erstens die Frage, was unter „Cyberwar“ zu verstehen ist und wie er von anderen Formen

von „Cyberangriffen“ und Störungen zu unterscheiden ist. Damit verbunden ist, zweitens, die rechtlich-ethische Dimension, und die Frage, inwieweit die Begriffe und Konzepte von „Krieg“ und „Angriff“ überhaupt angemessen sind. Und drittens, wie einem sich abzeichnenden staatlichen „Cyber-Wettrüsten“ mit rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen zu begegnen ist und welche Maßnahmen darüber hinaus zur Sicherung von Grund- und Freiheitsrechten nötig sind.

Obwohl der Titel des Sonderheftes zunächst nur den „Cyberwar“ als Leitmotiv benennt, zeigen die Artikel schnell, dass „Cyberwar“ nur eine von vielen Formen „potenziell zerstörerische[n] Handlungen“ (PoKempner, S. 33) in der Cybersphäre ist. Umso wichtiger sind definitorische Abgrenzungen, was unter Cyberwar zu verstehen ist. Es ist verdienstvoll, dass sich die Autorinnen und Autoren durch Differenzierungsbemühungen und die Vermeidung eines undifferenzierten Kriegsbegriffs einer „Versichertheitlichung“ der Cybersphäre entgegenstellen. Dass die Konzepte in den Texten nicht immer gleich oder konsistent genutzt werden, ist nicht den Autorinnen und Autoren anzulasten, sondern auch Ausdruck des aktuellen Standes der „Cyberdebatte“.

Einen sehr guten Blick auf definitorische Fragen bieten die Beiträge von Robin Geiß und Dinah PoKempner, die jeweils das Völkerrecht als zentralen Maßstab nutzen: Beide führen überzeugend aus, dass von einem „(völker-)rechtlichem Vakuum“ (Geiß, S. 13) oder einer hinsichtlich des Rechts „nebligen neuen Dimension“ (PoKempner, S. 37) keine Rede sein kann. Das bestehende Völkerrecht ist abstrakt genug formuliert, um auch Definitionen und Regeln für „zukünftige Cyberkonflikte“ (Geiß, S. 13) zu bieten. So gilt ein „Cyberangriff“ nur dann als bewaffneter Angriff gemäß Artikel 51 UN-Charta, wenn er „Konsequenzen herbeiführt, die in ihrem Ausmaß und ihrer Schwere mit denen eines konventionellen bewaffneten Angriffs vergleichbar sind“ (Geiß, S. 13-14, vgl. PoKempner S. 35, 37). Für beide Experten hat bislang noch keine Cyberaktivität diese Schwelle erreicht, weshalb sie es auch am konsequentesten vermeiden, von „Cyberangriffen“ zu sprechen. Die Mehrzahl böswilliger Aktivitäten im Cyberraum, darunter „wirtschaftliche Schädigungshandlungen“ (Geiß, S. 14),

stellt keinen Angriff in diesem Sinne dar. PoKempner sieht im inflationären Gebrauch der Begriffe „Krieg“ und „Angriff“ die Gefahr, dass (analog zum „war on terror“) der Schutz von Grundrechten zugunsten der Sicherheit untergraben wird (S. 35-37). Andere Beiträge warnen ebenfalls vor einer Beschneidung von Freiheitsrechten etwa durch Massenüberwachung (Skierka S.49 f.; Geiß S.16). Laut Geiß wird die rechtliche Bewertung allerdings schwieriger, sollten in Zukunft militärische Angriffe auf die an sich zivile „Cyberinfrastruktur selbst“ (S. 15) erfolgen. Er plädiert hierbei überzeugend für eine enge Auslegung des humanitären Völkerrechts, um militärische Handlungsspielräume einzuzgrenzen (S. 15).

Die Beiträge aus ethischer Perspektive von George Lucas und Mariarosaria Taddeo (in Teilen auch von Sandro Gaycken) fallen durch ein recht instrumentelles Verständnis des Völkerrechts auf: Laut Taddeo besteht die Aufgabe des Völkerrechts vor allem darin, ethische Grundsätze, allen voran die des Gerechten Krieges umzusetzen, während Lucas im Völkerrecht ohnehin keine „expliziten“ Regelungen für den von ihm beschriebenen „Hacktivismus“ unterhalb der Schwelle eines „Cyberwars“ sieht. Taddeo leistet den umfassendsten Beitrag zur ethischen Diskussion: Für sie stößt der Ansatz, dass das bestehende Völkerrecht auch auf den „Cyberkrieg“ ausdehnbar ist, „unvermeidlich an seine eigenen Grenzen“ (S. 41). Taddeos Lösung liegt in der Überarbeitung der Lehre des Gerechten Krieges, um auch Angriffe auf nicht-physische sowie immaterielle Objekte ethisch erfassen und einordnen zu können. Darin sieht sie die Basis für Gesetze, die der „Neuartigkeit“ des Cyberwarfare (S. 42) gerecht werden; ansonsten drohe ein „regulatorisches Vakuum“ (S. 41). Insgesamt hat die Debatte um eine ethische Einordnung des „Cyberkriegs“ noch Entwicklungspotenzial – vor allem eine kritischere Auseinandersetzung mit der Lehre des gerechten Krieges wäre wünschenswert.

Wie soll es in der Cybersphäre nun konkret weitergehen? Einig sind sich die meisten Autorinnen und Autoren darin, dass sich ein gefährliches staatliches „Cyberwettrüsten“ abzeichnet (z.B. Neuneck S. 30, Skierka S. 51), weshalb Rüstungskontrollmaßnahmen geboten sind. Am konkretesten wird Götz Neuneck, der eine kurze Übersicht der bisherigen Diskussion gibt (S. 28ff.) und auch weitere mögliche

Maßnahmen vorschlägt (S. 30). Aktuell stehen seiner Einschätzung nach vor allem definitorische Fragen und gemeinsame Interpretationen des Völkerrechts im Vordergrund, während zusätzlich rudimentäre Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) (weiter)entwickelt werden (S. 29). Gleichwohl sieht er das Potenzial für umfassendere und „im militärischen Bereich vielfach erprobt[e]“ Maßnahmen, z.B. „vertrauensbildende Kontrollmechanismen der Verifikation“ (S. 30; ähnlich PoKempner S. 39 und Skierka, S. 51). Mit Blick auf autokratische Systeme findet sich im Heft außerdem die Forderung nach stärkerer Exportkontrolle von Überwachungstechnologie (PoKempner, S.39f.; Bendiek, S. 5). PoKempner bemängelt allerdings, dass die Zivilgesellschaft von den bisherigen Debatten weitgehend ausgeschlossen ist (S. 40). Für die „weicheren“ Cyberaktivitäten unterhalb der Schwelle eines Cyberkriegs sieht Lucas die Notwendigkeit einer „informellen normativen Regelung“ zwischen Staaten (S. 24), um „kinetisch[e]“ Eskalationen zu vermeiden (S. 24). Annegret Bendiek gibt aber zu bedenken, dass sich auch innerhalb des westlichen Lagers, speziell zwischen den USA und Europa, die jeweils präferierte Cybersicherheitspolitik deutlich unterscheidet (S. 5), die bis auf die Privatsphäre der einzelnen Bürger durchschlägt. Hier plädiert sie für eine „sehr viel höher[e] Bereitschaft, auf den anderen zuzugehen“ (S. 4). Als Ausgangspunkt könnten hier die geteilten Interessen aller Staaten an der „zuverlässige[n] Funktionsweise des Internets und die Kontrolle von Cyberkriminalität“ (Skierka, S. 51) dienen.

Abschließend ist anzumerken, dass die „Ethik und Militär“ die Lesbarkeit ihrer Beiträge durch die Beschränkung auf wenige Literaturverweise fördern will. So kommen die Beiträge mit Fußnoten im einstelligen Bereich und sogar ganz ohne Verweise aus. Zumindest an Stellen, an denen explizit auf andere Experten, Regierungsdokumente oder Ereignisse verwiesen wird, wären weitere Angaben aber wünschenswert. Auch hätte ein stärkerer redaktioneller Eingriff bei dem einen oder anderen Artikel die Lesbarkeit sicherlich verbessern können.

In der Summe ist die Lektüre des besprochenen Heftes lohnenswert, denn es gelingt, die aktuelle Debatte aus unterschiedlichen Disziplinen und interessanten Problemperspektiven aufzu-

greifen. Die Beiträge ergänzen sich und enthalten ausnahmslos konkrete Handlungsempfehlungen und Diskussionsanregungen für Wissenschaft und Politik.

Annabel Schmitz
Niklas Schörnig

Nark Maguire, Catarina Frois and Nils Zurawski (eds). *The Anthropology of Security: Perspectives of Policing, Counter-terrorism and Border Control. London (Pluto Press) 2014.*

As many anthologies, *The Anthropology of Security* proposes a wide contribution to its field, including new conceptual backgrounds, methodologies and a new range of empirical data.

The publication of the book follows scholarly events that took place in Ireland and Paris, as well as the worldwide collaboration through the Anthropology of Security Network. The authors share the focus on recent security developments in Europe and criticize how these have been taken for granted. In contraposition to that, the eight chapters intend to “see security and insecurity from different vantage points and thereby de-familiarize it; and to critically explore the styles of reasoning, calculations and operations in very powerful domains” (p. 10). The general aim of the book is to “provide critical evaluations of policing and policymaking, to show up the fissures in security-scapes, and to open space for future projects” (*ibid*). Therefore, the book aims at other publics than anthropologists and has as higher ambition to impact on European security policymaking.

Those aims are achieved by some chapters, but not by all of them. The quality of the contributions vary depending on the objectivity of each chapter in offering new evidence or perspectives to a specific problem, and on the authors’ long expositions on a very specific anthropological debate. Some chapters effectively shed light on national and transnational security problems of European countries, but others lose sight and spend most of their pages on arguing in favor or against a scholarly issue.

On the former, Marion Demossier’s “Sarkozy and Roma” expands the conventional and superficial understanding of French policy to Roma and Sinti populations. It tracks

the events following two incidents in the suburbs of Paris in 2010 between Roma groups, some of them French citizens, and French gendarmes that culminated in killings and social unrest. It concludes that the Roma and Sinti crisis results from a more complex process, better understood under the framework of EU expansion.

Catarina Frois' "Video-Surveillance and the Political Use of Discretionary Power in the Name of Security and Defence" offers a detailed account of the reasons and effective impacts of this new policy on Portuguese public security. Initially, it had no institutional articulation, which resulted in limited effectiveness on crime reduction. Even after that, the author points out the continuity of video-surveillance policy due to a normative and authoritarian agenda from the Ministry of Internal Affairs, since it went on with no support from local politicians and police forces. Frois' last statement has no conceptual or evidence support, closing a good chapter with an impression rather than a reasonable conclusion.

Alexandra Schwell's chapter, "Compensating (In)Security: Anthropological Perspectives on Internal Security", is one of the best contributions of the book, as she offers an interesting and profitable venue in converging Police Studies and Security Studies. She addresses the compensatory measures by Austrian border police, following the loss of its ultimate purpose after materialization of the Schengen Treaty.

The same can be said about Mark Maguire's analysis on the "cutting-edge counter-terrorism measures in European and North American airports" (p. 120). "Counter-Terrorism in European Airports" describes the lack of methodological rigor in the tracking of suspect terrorist activities in airports. Most of the research on contemporary detection has as benchmark the experience of veteran police officers, such as: intuition, hunches or cop's nose. A new techno-scientific one, for instance the Behaviour Assessment Screening Technique (BASS), has contested a "skilled-vision" approach. More than concurring approaches, those two are concurring mindsets of reality and about the understating of human behavior's baseline, not to mention the historical struggle between men's natural skills versus their replacement by machines.

The last item of a positive contribution of the book is Juttas Baccas' "Grey Zones of Illegality: Inhuman Conditions in Receiving Irregular Migrants in Greece". It presents a syntactical and multifaceted portrait of security issues related to migration on the Greek island of Lesbos that is bordering Turkey and has intense irregular migration. Baccas brings quantitative data and an ethnographical report of the evolution of Greek maritime border patrol along with European neighbors, NGOs, and, especially, the European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders (FRONTEX). This last one would be the main branch to support and guide Hellenic Coast Guard and Greek police in the reception, detention and expulsion of illegal immigrants.

From the more limited contributions, Greg Feldman's chapter is below average. The opening paragraphs of "Location, Isolation and Disempowerment: the Swift Proliferation of Security Dialogue among Policy Professionals" proposes to address the Managed Mediterranean Migration Project (3MP), launched by the European Migration Policy Organization (EMPO) between 2008 and 2009. However, it lacks focus or a concrete problem since its main argument is that nation-states are limited to deal with the matter of migration because the technocratic society constitutes no real 'local' "spaces they inhabit on other own terms" (p. 64). As a consequence, states' policies tend to perform and regulate standards of political relations, which increases "the isolation, alienation, and instrumentalisation of those physically present in a given space" (p.64). Moreover, the author reviews and concludes that his chapter reviews concepts related to biopower or biopolitics, rather than elaborating any substantial remark on the matter of European migration policy. The chapter of Didier Fassin, "Petty States of Exception: the Contemporary Policing of the Urban Poor", also fails due to similar shortcomings. Although it mentions the conduct of six-months of ethnographic research in Paris to report the intensive policing of urban poor areas, it adds very little on the matter. This evidently relevant topic receives only personal impressions of the author, frustrating any expectation about the aforementioned field research.

Finally, Ines Hasselber's "Whose Security? The Deportation of Foreign-National Offenders from the UK" also does not achieve the contribution initially proposed. It aims to assess the rationale behind deportation and related practices of state control over migrants in the United Kingdom, particularly in relation to the overall suspicion raised over asylum seekers in London following the 2005 bombings. However, the author only unfolds small narratives of emigrants' everyday life.

In spite of the near balance between positive and more limited contributions, the book succeeds in achieving its goals. It provides approaches and empirical material that can support further projects on security and even a more qualified public debate, especially on the several aspects related to European borders control's policies and procedures. In this last case, *The Anthropology of Security* becomes a relevant source of research.

Érico Esteves Duarte

Eckhard Jesse/ Sebastian Liebold (Hrsg.), Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin, Baden-Baden (Nomos) 2014.

Die Würdigung der deutschen Politikwissenschaft muss trotz ihres unbestreitbar hohen Beitrags zur Konsolidierung einer neuen bundesdeutschen Politikwahrnehmung bis heute als unzureichend angesehen werden. Insbesondere die prägenden Figuren hinter der bewegten, beinahe siebzig Jahre andauernden Geschichte dieser Disziplin schafften es bislang nur selten, aus dem Schatten wissenschaftsrelevanter Beiträge hervorzutreten. Eckhard Jesses und Sebastian Liebolds Werk *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin* versucht in Anspruch und Umfang die Lücke eines umfassenden Kanons historischer Schlüsselfiguren der deutschen Politikwissenschaft zu schließen.

Auf über 800 Seiten folgen nach einführenden Gedanken über das Fach und dessen Wissensgeschichte die Werdegänge fünfzig anerkannter Politikwissenschaftler Deutschlands. Angesichts der weit höheren Zahl potenzieller Kandidaten führen Jesse und Liebold zu Beginn des Buches in Voraussicht kritischer Einschätzungen ihrer Auswahl die ihr zu Grunde liegenden Kriterien an.

Diese folgen drei Gesichtspunkten: „Fachliche Kompetenz, erfolgreiches Wissensmanagement und öffentliche Sichtbarkeit“ (S. 18). Hierunter fallen Produktivität und Wert verfasster Werke, führende Tätigkeiten in fachnahen Vereinigungen sowie die allgemeine sozio-kulturelle Stellung bzw. Wahrnehmung der einzelnen Politikwissenschaftler/innen. Trotz spürbarer Skepsis gegenüber Methoden fehlerhafter Repräsentativität greifen sie für alle drei Kategorien auf verfügbare Rankings bzw. Vorgängerliteratur zurück. So werden etwa trotz variierender Beteiligungsquoten Längsschnittumfragen unter deutschen Angehörigen des Faches bezüglich der fünf wichtigsten politikwissenschaftlichen Vertreter genutzt. Ebenso nehmen die Autoren Bezug auf andere, bezüglich Motivation und Umfang jedoch abzugrenzende, Werke wie beispielsweise Stefan Kaulitz' *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*. Weit entscheidender für die Auswahl zeigt sich neben solchen Methoden letztlich jedoch die allgemeine Rahmensetzung. Berücksichtigung finden lediglich Personen mit einem Mindestalter von siebzig Jahren, um die weitere Bedingung abgeschlossener sowie breit gefächerter Forschung innerhalb der politikwissenschaftlichen Teildisziplinen zu gewährleisten. Gleich zu Beginn des Buches räumen Jesse und Liebold jedoch zwei Abweichungen ein. Da in ihren Augen Herfried Münker und Manfred G. Schmidt „aufgrund Originalität und Produktivität Ausnahmeerscheinungen“ (S.18) darstellen, finden beide trotz Unterschreitung der Altersgrenze Eingang in das Werk. Den Autoren lässt sich hier – trotz der allgemein hohen Reputation Münkers und Schmidts – durchaus ein subjektiver Einschnitt in ihre Bemühungen entgegenhalten.

Insgesamt fungieren die Ausführungen im ersten Teil des Buches trotz aller Bestrebungen um objektive Auswahlmethodik eher als rechtfertigendes Beiwerk. Aufgrund offengelegter Transparenz seitens der Autoren präsentiert sich dem Leser dennoch ein zielführender sowie insgesamt konsistenter Auswahlrahmen. Eine in der Außenwahrnehmung völlig unstrittige Zusammenstellung und Bewertung der wichtigsten deutschen Politikwissenschaftler/innen kann und muss letztlich selbst ein Band diesen Umfangs nicht leisten, wie beide Autoren treffend konstatieren: „Ungeachtet des Bemühens um intersubjektive Nachvollziehbarkeit ist kein Konsens zu erzielen“ (S. 30).

Im eigentlichen Kernteil des Buches unterstreichen die Autoren ihren Anspruch ausgewogener Darstellung bei den Einzelbeiträgen. Alle fünfzig Beiträge folgen einem einheitlichen Schema und sollen keine subjektiv begründeten Verzerrungen aufweisen. Im Umfang jeweils zwölf- bis fünfzehnseitiger Beiträge gliedern sich diese in allgemeine Vita, Forschungsschwerpunkte, Schulgründung und Wissensmanagement, kritische Würdigung sowie Rezeption im Fach und in der Öffentlichkeit.

Neben solcher gemessen am Gesamtumfang doch erstaunlichen Einheitlichkeit der Ausführungen kennzeichnet vor allem die gelungene Zuordnung von Porträtierten und Porträtierenden den eigentlichen Verdienst des Werkes. So wird jeder Vertreter durch einen jüngeren der selben Fachrichtung vorgestellt, wodurch zugleich disziplinärer Austausch wie auch Übergang der Generationen deutlich werden. Hervorzuheben für die Friedens- und Konfliktforschung ist hier der von Harald Müller und Thomas Risse verfasste Beitrag zu *Ernst-Otto Czempiel* (S. 173ff.).

Beginnend mit der Vita werden richtungsweisende Knotenpunkte und Zusammenhänge des Lebens Czempials mit Blick auf dessen späteres Forschungsthema, die Untersuchung von Friedensbedingungen, beleuchtet. Umfangreich präsentiert sich im Anschluss die Beurteilung seiner Forschungstätigkeit: Von den Verdiensten um die Neuinterpretation Immanuel Kants Schrift *Zum Ewigen Frieden* über den Dualismus zwischen Sicherheits- und Machtpolitik bis hin zu seinen breit rezipierten Forschungen zur *Unvollkommenheit demokratischer Systeme* setzt das fünfseitige Kapitel den klaren Schwerpunkt des Portraits Czempials (S. 179.). Überzeugend ist schlussendlich auch die durch Müller und Risse vorgenommene kritische Würdigung. So kritisieren sie u.a., dass im Theoriekonstrukt Czempials die *Gewaltneigung demokratischer Systeme* nicht beachtet wird (S. 183).

Dennoch offenbart sich am Beispiel dieses Beitrages auch ein Dilemma solcher biografischen Würdigungen: Beide Autoren stehen mit ihrem eigenen wissenschaftlichen Werdegang in enger Beziehung zu Czepiel, Harald Müller gar in einem Schüler-Mentor-Verhältnis. Der resultierende Vorteil eines detaillierten Einblickes in das Leben und Wirken der Wissenschaftler muss sich hier Kritik an

personalisierten und schwerlich ausgewogen-kritischen Darstellungen stellen. Dennoch kann die augenscheinliche Unvereinbarkeit beider Punkte den Vorwurf subjektiver Voreingenommenheit zugunsten inhaltlicher Qualität entkräften. Ebenso ist angesichts des nachvollziehbar hohen Aufwands formeller Einheitlichkeit Kritik an wahrnehmbarer partieller Inkonsistenz letztlich als relativ zu erachten.

Eckhard Jesses und Sebastian Liebolds Werk sollte nicht als bloße Sammlung einzelbiografischer Darstellungen deutscher Politikwissenschaftler/innen gesehen werden. Dank der über weite Teile realisierten Einheitlichkeit der Beiträge ermöglicht es einen umfassenden, vergleichenden Rekurs über die Disziplin und deren Forschungsthemen. Gleichzeitig wirkt *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin* im weiteren Sinne als richtungsweisend: Die meisten Autoren – um mit Franck Decker, Uwe Jun, Harald Müller, Thomas Risse und Roland Sturm nur einige zu nennen – repräsentieren als jüngere Vertreter ihres jeweiligen Fachbereiches den aktuellen Generationswechsel der deutschen Politikwissenschaft. Stellt man diese Aspekte in Rechnung, so steht das Werk exemplarisch für einen wissenschaftlich ertragreichen, aber gleichzeitig symbolisch-würdigenden Darstellungsstil. Die grundsätzliche Leseempfehlung für das Werk begründet sich letztlich auch auf dessen Verwendbarkeit als universelles Nachschlagewerk bezüglich Schlüsselfiguren und Forschungslinien der zweiten Generation der Politikwissenschaft in Deutschland. Auch daher ist das Buch als lohnende Lektüre für allgemein Interessierte sowie das wissenschaftliche Umfeld zu sehen.

Benedict Wendler

Henry A. Kissinger, Weltordnung, C. Bertelsmann Verlag, München, 2014.

Wenn ein Mann im zehnten Lebensjahrzehnt, nachdem er die Geschichte des 20. Jahrhunderts in seiner zweiten Hälfte mitgestaltet hat, seine gesammelten Gedanken unter der Überschrift „Weltordnung“ einem breiten Publikum vorstellt, bedarf es wohl eines besonderen Impetus. Dieser Impetus ist bei dem 91-jährigen Kissinger ungebändigt. Wenn es nicht gelinge, das Konzept einer Weltordnung breit zu verankern, müsse mit Chaos gerechnet werden.

Auf der Suche nach dieser Weltordnung, die nichts anderes sei als die Wiederherstellung von Stabilität im Sinne eines Gleichgewichts der Kräfte, ihrer Garantie sowie der Überwindung von Instabilitäten, kehrt der gelernte Historiker zu seinen akademischen Wurzeln zurück. Er vergleicht die unterschiedlichen Konzepte einer Weltordnung. Einerseits die Einheitsordnungen von Imperien, die allumfassend religiöse und politische Macht miteinander verbunden haben, wie beispielsweise das chinesische Kaiserreich oder das Osmanische Reich, ganz zu schweigen von der islamischen Ordnung, andererseits die Einzigartigkeit europäischer Ordnung. Denn „obwohl Europa als eine einzige einheitliche Zivilisation durchaus denkbar war, bildete sich auf dem Kontinent nie ein einheitliches Herrschaftssystem oder eine klare politische Identität heraus“ (S. 21). Es mutete daher nicht verwunderlich an, dass Kissinger den Leser auf einen Streifzug durch die europäische Geschichte mitnimmt. Sie sei, so erläutert er anhand der drei Abschnitte europäischer Ordnung nach dem Westfälischen Frieden, nach dem Wiener Kongress, nach dem Versailler Vertrag und nach dem Zweiten Weltkrieg, vom Hin und Her zwischen Hegemonie und Kräftegleichgewicht (*balance of power*) gekennzeichnet.

Als Ergebnis vielfältiger Abmachungen und gegenseitiger Erschöpfung durch einen 30-Jahre dauernden Religionskrieg markiere der Westfälische Friede von Münster und Osnabrück deshalb einen Quantensprung, weil er erstmals das Konzept der Souveränität in seiner außenpolitischen, stabilisierenden und friedenssichernden Dimension fruchtbar gemacht habe. Obschon Souveränität als Begriff bereits vorher bekannt gewesen sei, habe der Westfälische Friede, den Kissinger ein System nennt, den Vorteil gehabt, dass die unterschiedlichen Herrschaftsverbände Europas erstmals ihre gegenseitige Existenz, die Unantastbarkeit der Grenzen und die Nichtintervention in die innere Ordnung anerkannt haben. Erst die Vorzüge staatlicher Souveränität, die dem Westfälischen Frieden zugrunde liegen, hätten aus dem faktisch entstandenen Mächtegleichgewicht ein System gemacht. Dass dieser Nutzung des Staates als Grundbaustein der europäischen Ordnung ein System feintarrierter Rivalitäten zugrunde lag, spräche nicht gegen das prinzipielle Zugeständnis, wonach unterschiedlich große Staaten mit unterschiedlicher Binnenstruk-

tur sich prinzipiell als gleichermaßen souverän und gleichberechtigt innerhalb eines Ordnungssystems angesehen hätten. Dieses System des Westfälischen Friedens habe erst der säkulare Kreuzzug der französischen Revolution zu Fall gebracht, bevor es dann im Rahmen des Wiener Kongresses durch Clemens von Metternich wiederhergestellt worden sei. Die Identifikation Kissingers mit Metternich – „in Wien wohl der gewieteste und erfahrenste Unterhändler“ – ist bereits aus Kissingers Dissertation bekannt. Auch in seiner jetzt vorgelegten, fast testamentarischen Monografie wird Metternich ein Denkmal errichtet: „Metternich hält die Überzeugung der Revolutionäre, wonach auch alles Vorstellbare möglich sei, für Illusion.“ (S. 89) Wahrheit müsse seine tiefe Realität der menschlichen Natur und der Struktur der Gesellschaft wiederspiegeln. Alles, was nach größerer Umsetzung strebe, verletzte in Wirklichkeit die Ideale, auf die er sich berufe.

In seiner Verknüpfung von Souveränitätsbegriff und internationalem Ordnungsdenken ist Kissinger nahe bei Carl Schmitt (*Der Nomos der Erde*). Der Verfechter eines *ius publicum europeum*. Carl Schmitt hat in dieser Nachkriegsschrift seinen Souveränitätsbegriff weiterentwickelt und als internationales Ordnungsprinzip entfaltet. Während es Schmitt in jener Zeit der Entkolonialisierung um eine völkerrechtliche Aufarbeitung der Landnahme europäischer Mächte sowie einer Einhegung des Krieges als ein normativ gebundenes Instrument der Politik ging, macht Kissinger den Souveränitätsbegriff losgelöst von Schmitts klassischer Definition für die Austarierung eines Systems internationaler Stabilität fruchtbar. Die Nutzung von kriegerischen Mitteln steht, obwohl Kissinger sie ausdrücklich bejaht und er in der *soft power* Europas ein Verfallssyntom sieht, dabei formal im Hintergrund. Während indessen Schmitt insbesondere in der Würdigung der Monroe-Doktrin sowie des konditionierten Eintritts der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg problematische Fälle des Tätigwerdens raumfremder Mächte sieht, hat Kissinger eine positivere Einschätzung amerikanischer Ordnungsmacht. Dennoch bleiben zwischen Schmitt und Kissinger gewisse Gemeinsamkeiten. Dazu gehört die aus der Kälte funkelnende Sprache, die zynisch-realistische Beurteilung revolutionärer Ideale in der Außenpolitik sowie die große Bewunderung für besonders

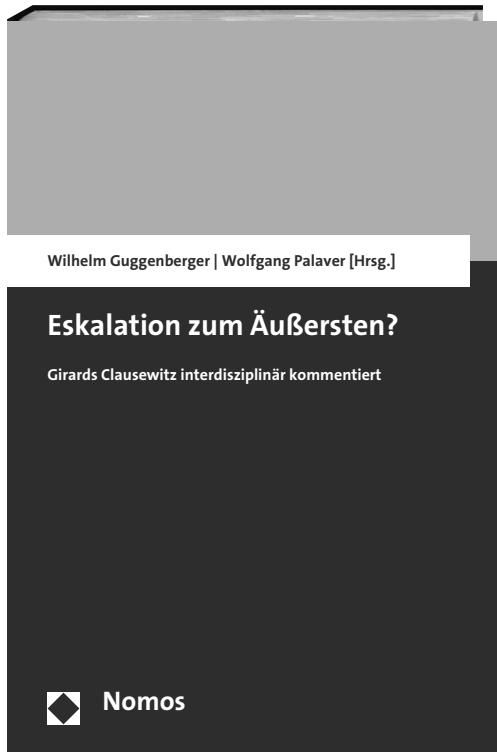
skrupellose und erfolgreiche Realpolitiker wie Richelieu, wenn es ihnen gelang, staatliche Stabilität zu organisieren, und insbesondere die rückhaltlose Verurteilung des Versailler Vertrages als untauglich zur Erstellung einer Friedensordnung.

Wie Kissinger die Vereinigten Staaten und ihr Weltordnungskonzept einschätzt, legt er bereits in der Einleitung unter Berufung auf Harry S. Truman einmal mehr dar. Was er an Truman beeindruckend fand, fasst er wie folgt zusammen: Truman habe auf die Frage, was ihn besonders stolz gemacht habe, geantwortet, „dass wir unsere Feinde völlig besiegt und sie dann als gleichgestellt in die Völkergemeinschaft zurückgeführt haben. Ich nehme an, dass nur Amerika so etwas tun würde“ (S. 9). Kissinger beschreibt zunächst amerikanische Außenpolitik als ein Projekt: Die Vereinigten Staaten sehen es als Herausforderung ihres außenpolitischen Engagements an, ohne jegliche imperialistische Absicht und entgegen der Außenpolitik im traditionellen Sinne jene Werte zu verbreiten, von denen die USA annehmen, dass alle anderen Völker sie gerne übernehmen würden. Kissinger schildert nüchtern, wie sich im Laufe von zwei Jahrhunderten die amerikanische Selbstgenügsamkeit und der Verzicht auf Außenpolitik erst mit der Präsidentschaft von Theodor Roosevelt ab 1901 änderte. Roosevelt, überzeugt vom Machtpotenzial der USA, war nicht nur der Meinung, dass die Vereinigten Staaten das Zeug zu einer Großmacht haben würden, sondern wird von Kissinger mit einem Ausspruch zitiert, den sich manche deutsche Zeitgenossen ins Stammbuch schreiben könnten: „Wenn eine Nation unfähig oder nicht gewillt war, sich aktiv für die Verteidigung ihrer eigenen Interessen einzusetzen, konnte sie nicht erwarten, dass ihre Interessen von anderen Nationen respektiert würden.“ (S. 281)

Das Buch enthält eine nüchterne Bestandsaufnahme, einen historischen Abriss und Skizzen zur Architektur geopolitischer Stabilität. Dass damit eine kritische Apologetik der US-Außenpolitik in den letzten 70 Jahren einhergeht, muss der Leser notgedrungen in Kauf nehmen. Es hätte Kissingers Rang nicht gefährdet, wenn er mit dieser *pax americana* kritisch-distanzierter umgegangen wäre.

Markus C. Kerber

Girards Clausewitz interdisziplinär kommentiert



Eskalation zum Äußersten?

Girards Clausewitz interdisziplinär kommentiert

Herausgegeben von A.o. Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Guggenberger und Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Palaver

2015, ca. 400 S., geb., ca. 59,- €

ISBN 978-3-8487-2426-0

Erscheint ca. Oktober 2015

www.nomos-shop.de/25234

Girards „Im Angesicht der Apokalypse“ ist ein herausforderndes Buch, das ein vom Menschen verursachtes Ende der Welt durch Krieg, Terrorismus und Umweltkatastrophen für möglich hält. Dabei steht jene Gefahr der Gewalteskalation im Zentrum, die Clausewitz in „Vom Kriege“ thematisierte. Auch wenn der apokalyptische Blick beunruhigt, sollte sein analytisches Potential nicht Fundamentalisten überlassen bleiben.

Die Autoren dieses Bandes folgen Girard durch die europäische Geschichte, führen skizzierte Linien aus, erhellen Rätselhaftes und markieren Inkonsistenzen in der Entfaltung seines Ansatzes. Kritisch gegengelesen kann „Im Angesicht der

Apokalypse“ ein wertvoller Beitrag zum Verständnis der jüngeren europäischen Geschichte und der gefährlichen Krisen unserer Gegenwart sein.

Mit Beiträgen von:

Andreas Beinsteiner | Hüseyin Cicek | Gianluca Crepaldi | Wilhelm Guggenberger | Andreas Herberg-Rothe | Franz Kernic | Michael Kühnlein | Mathias Moosbrugger | Jozef Niewiadomski | Cyril O'Regan | Wolfgang Palaver | Willibald Sandler | Thomas Scheffler | Astrid von Schlachta | Christoph Schmidt | Roman Siebenrock | Petra Steinmair-Pösel | Jodok Troy | Nikolaus Wandinger



Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos